

Ein Friedensprojekt könnte FARC und ELN politische Sprecherfunktionen anbieten

(Wochenmagazin SEMANA vom 12.9.2011)

Am 7. August 2010, in seiner Ansprache zur Amtseinführung als Präsident, warnte Juan Manuel Santos davor, den Schlüssel zum Frieden ins Meer zu werfen. Gleichwohl nimmt die Friedenskommission des Parlaments das so ein Schlüssel „heute nicht existiert“ und man ihn erst „anfertigen“ müsse.

Deswegen haben am heutigen Montag die Mitglieder des Ausschusses eine Verfassungsreform angestoßen mit der einzigen Absicht, „einen juristischen Rahmen zu schaffen“, der eventuelle Friedensprozesse vorantreiben könnte. Drei Artikel für einen Neuschnitt der Verfassung von 1991 sollen nach den Worten von Senator Roy Barrera (Partei U= unabhängige Linke, A.d.Ü.) der Regierung den Schlüssel verschaffen, mit dem sie den Frieden suchen könnte.

„Präsident Santos ist der Einzige, der den Schlüssel haben könnte, aber den muss man erst einmal anfertigen. Er wird zu entscheiden haben, ob man den Schlüssel in der Zukunft benutzen kann für einen Prozess mit den Gruppen, die heute als Terroristen gelten, oder ihn ins Meer wirft“, erklärte Barrera.

Das Projekt beabsichtigt, Mechanismen zu schaffen für eine Übergangsjustiz, nach der Mitglieder von FARC und ELN (falls sie dazu gewillt sind) sich demobilisieren und in die Zivilgesellschaft reintegrieren zu lassen.....und falls sie ihren Opfern das Recht auf Wahrheit und Entschädigung garantieren.

Aber die Besonderheit des Projekts ist, dass es die Möglichkeit in Betracht zieht, dass Mitglieder dieser Organisationen, falls sie diese Auflagen erfüllen und sich einem Friedensprozess anschließen, ihre freie politische Sprecherfunktion wiedererlangen und öffentliche Wahlämter anstreben könnten.

So sieht der 2. Artikel des Projekts vor, dass für Personen, die wegen Zugehörigkeit zu oder Unterstützung von illegalen Gruppen, der Verletzung humanitären Menschenrechts oder Drogenhandels verurteilt oder angeklagt sind, durch Mehrheitsbeschluss des Senats und der Abgeordnetenkammer der Verlust der politischen Rechte aufgehoben werden könnte. Dieser umstrittene Artikel könnte es den Führern der FARC oder des ELN zum Beispiel erlauben, sich politisch zu betätigen, nachdem sie sich dem Recht untergeordnet haben.

Laut dem Text des Gesetzesvorhabens „handelt es sich um ein nützliches Werkzeug für eine Beendigung des bewaffneten Konflikts und das Erreichen des Friedens..... Allerdings soll die Legislative dieses Mittel anwenden oder beiseite lassen je nach dem historisch-politischen Kontext, der gerade vorherrscht“.

Roy Barreras erklärte im Dialog mit SEMANA, dass der Chef des Staates der Einzige sein solle, der eventuell politische Sprecherfunktionen anbieten könnte, jedoch nur dann, wenn die Illegalen ihre Schuld gegenüber der Justiz und den Opfern beglichen hätten und auch nur am Ende eines abgeschlossenen Friedensprozesses.

„Falls die Illegalen auf den Frieden setzen und sich an die Demokratie und die Verfassung annähern, soll der Präsident der Republik bestimmen, ob er in bestimmten Fällen eine solche Eigenschaft zuerkennen kann“, sagte Barreras.

Der Ausschussvorsitzende erklärte, dass das Projekt von einem historisch-politischen Kontext spreche. In diesem Sinne sei es unmöglich, den Chefs der rechten Paramilitärs diese Vorteile zu gewähren, weil nach seiner Meinung „die Paras nie politische Motive hatten“.....

Das Gesetzesvorhaben eröffnet die Möglichkeit, Delikte nach ihrer Schwere zu priorisieren und „Hauptverantwortlichen“ zu verurteilen mit dem einzigen Ziel, dass die Gerichtsverfahren vorankommen. „Man muss 340.000 anhängige Prozesse priorisieren. Der Diebstahl einiger Hühner ist eine Sache, ein Massaker ist eine andere. Der laufende Prozess für Gerechtigkeit und Frieden geht zu langsam voran, die erforderlichen Ermittlungen werden 99 Jahre dauern“, erklärte Barreras.

Mit der Gesetzesreform könnte die Staatsanwaltschaft zunächst wegen schwerster Straftaten anklagen und Strafen fordern, und erst später die weniger relevanten Prozesse einleiten.

Barreras betonte, dass das Projekt, indem es einen Rahmen definiere, innerhalb dessen man einen Ausweg aus dem Konflikt finden könnte, definitiv die Tür schließt für die Möglichkeit, dass kriminelle Banden über ihre Demobilisierung verhandeln könnten.....